

AssekuranzAgenda

Aktuelles aus der EU-Versicherungspolitik



UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen - was die Versicherer leisten können

In Kopenhagen findet derzeit die UN-Klimakonferenz statt. Ob dabei allerdings eine Einigung auf ehrgeizige Klimaziele erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Vor allem die Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ und die Finanzierung der Klimaziele sind heftig umstritten.

Der GDV unterstützt die Position der EU, ihre Vorreiterrolle zur Eindämmung des Klimawandels fortzusetzen. Es muss jetzt gehandelt werden, um die spürbar steigenden volkswirtschaftlichen Schäden zu begrenzen und den wachsenden Katastrophenrisiken zu begegnen. Die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken sind eine zentrale Herausforderung für die Versicherungswirtschaft insgesamt, die Gefahren sind kaum kalkulierbar. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels stärker als bisher angenommen ausfallen werden.

In den in Kopenhagen verhandelten Non Papers 31 + 41 zu möglichen Anpassungsmaßnahmen finden sich Elemente des Konzepts wieder, das von der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) vorgelegt worden ist. Das Konzept sieht die Unterstützung der vom Klimawandel be-

sonders betroffenen Entwicklungsländer vor und beruht auf zwei Säulen. In der ersten Säule geht es um Prävention und Reduzierung von Katastrophenrisiken (z. B. in den Bereichen Raumplanung, Baumaßnahmen, Katastrophenvorsorge). Geplant ist eine Finanzierung über einen multilateralen Anpassungsfonds. Die zweite Säule sieht versicherungstechnische Ansätze vor. Besonders extreme Schadenereignisse sollen über einen Climate Insurance Pool (CIP) abgedeckt werden, der in erster Linie von den Industrienationen finanziert werden soll. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, auch Rückversicherungslösungen zu entwickeln. Für mittlere Schadenereignisse soll eine Climate Insurance Assistance Facility eingerichtet werden, die auch private Versicherungslösungen unterstützen soll (z. B. über Mikroversicherungen, Rückversicherungen für Hilfsorganisationen, Poolösungen). Allerdings sind in den Non Papers 31 + 41 noch viele Fragen offen. Insbesondere lehnen die Industrienationen den von Entwicklungsländern eingebrachten Passus zu Ausgleichsansprüchen ab.

Der GDV hat mehrere Projekte gestartet, um die mögli-

Fortsetzung auf Seite 2

Weitere Themen

GDV-Jahrestagung 2009 - Richtung und Perspektiven geben	3
Solvency II - 3. Konsultationswelle bringt erneut Verschärfungen	5
Neues Programm zur Verkehrssicherheit - Zahl der Verkehrstoten bis 2010 nicht halbiert	6

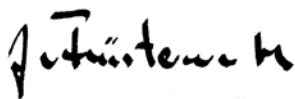
Vorwort

Die Beratungen beim Klimagipfel in Kopenhagen sind in vollem Gange – und ihr Ausgang ist unsicherer denn je. Mit dem Thema der Erderwärmung werden Sie nicht spontan Aufgaben und Interessen der Versicherungswirtschaft assoziieren. Und doch sieht sich die Branche bei der Reduzierung des CO₂-Ausstosses und insbesondere bei der Anpassung an neue Temperaturniveaus stark gefordert.

Der Klimawandel wird nach allgemeiner und auch unserer Einschätzung eine erhebliche Zunahme an Naturkatastrophen zur Folge haben. Die Verringerung dieser Risiken liegt im elementaren Interesse der Assekuranz. Die Begrenzung der Erderwärmung, Versicherungslösungen für CO₂-mindernde Technologien, aber auch die Prävention in gefährdeten Gebieten, die Gewährleistung der Versicherbarkeit von Schäden durch Elementarereignisse und die Verteilung der Lasten auf viele Schultern beschäftigen uns seit geraumer Zeit.

Die Unternehmen und der Verband bauen dazu seit einigen Jahren Expertise auf, die wir gerne in den Dienst auch der europäischen Politik stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank von Fürstenwerth
Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung



Dr. Joachim Wuermeling
Mitglied der Hauptgeschäftsführung

Fortsetzung von Seite 1

chen Beiträge der Versicherer zum Klimaschutz zu untersuchen. Ziel eines ersten Projektes mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ist die Abschätzung der Veränderung des Schadenaufwandes durch den Klimawandel für alle relevanten Elementarschäden (Naturgefahren). Mit dem zweiten Projekt sollen die möglichen sozioökonomischen und politischen Folgen des Klimawandels herausgearbeitet werden. Der GDV setzt sich darüber hinaus mit der Frage auseinander, mit welchen Produkten und Dienstleistungen auf die Herausforderungen des Klimawandels reagiert werden kann. So arbeiten die Versicherer zum Beispiel an neuen Deckungskonzepten für klimafreundliche Wohngebäude. Auch die Absicherung für Teilbereiche der Abscheidung und geologischen Speicherung von CO₂ wird geprüft. Ein weiteres Vorhaben ist das Thema Prävention. Die Schadenerfah-

rungen der Versicherer sollen genutzt werden, um die öffentliche Hand bei der Schadenvorsorge zu unterstützen. Auch die CO₂-Neutralität der Branche wird angestrebt, indem der Energieverbrauch der Versicherer (z. B. bzgl. EDV, Klimatechnik) reduziert wird. Mit großem Erfolg hat der GDV den Wettbewerb „Berliner Klimaschule“ im Sommer 2009 durchgeführt, bei dem Schulen aufgrund ihres besonderen Klima-Engagements ausgezeichnet worden sind.

Die deutsche Versicherungswirtschaft ist sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst. Sie steht mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen bereit, um dabei zu helfen, die Folgen des Klimawandels abzufangen.

Kolja Gabriel; k.gabriel@gdv.de

GDV-Jahrestagung 2009 - Richtung und Perspektiven geben

Unter dem Motto „Richtung geben - Perspektiven des Versicherungsstandortes Deutschland in gewandeltem Umfeld“ stand die diesjährige Jahrestagung des GDV am 19. November in Berlin. „Mit über 500 000 Beschäftigten im Innen- und Außendienst, rund 447 Millionen Versicherungsverträgen und einem investierten Kapital von 1,2 Billionen Euro bieten die Versicherer Sicherheit und Stabilität für jetzt und auch in Zukunft“, sagte GDV-Präsident Rolf-Peter Hoenen.

Gerade in der Finanzmarktkrise habe sich die Stabilität der Branche gezeigt. Die Versicherer hätten sich in einem außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als stabilisierender Faktor in der Krise erwiesen, so Hoenen. Natürlich seien die Versicherer als Risikoträger

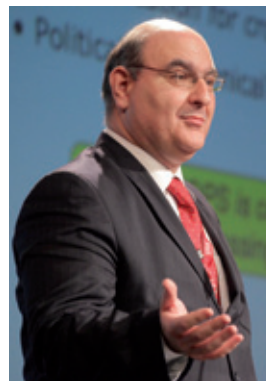


GDV-Präsident Rolf-Peter Hoenen betonte die Stabilität der Versicherungsbranche während der Finanzmarktkrise

für Verbraucher und Unternehmen eng verzahnt mit allen Sektoren der Wirtschaft und spürten deshalb auch Auswirkungen der Krise an verschiedenen Stellen: beispielsweise in der Kreditversicherung oder der Rechtsschutzversicherung. Infolge der Wirtschaftskrise würden deutlich mehr Arbeitnehmer für Arbeitsrechtsprozesse ihre Rechtsschutzversicherung in Anspruch nehmen. Hier müsse mit einer steigenden Schadenlast um 30 Prozent und in der Kreditversicherung sogar um 50 Prozent gerechnet werden.

Aber die Risiken, die letztlich zur Finanzmarktkrise geführt hätten, seien in den Büchern der Banken zu finden und nicht bei den Versicherern. Deshalb könne das Geschäftsmodell der Banken auch nicht auf Versicherer übertragen werden. Bei der europäischen Neuordnung

der Finanzmarktarchitektur forderte Hoenen deshalb eine stärkere Einbindung und mehr Mitspracherecht der Versicherer. So stünden im ESRB, dem europäischen Board für Systemrisiken, einem Vertreter der Assekuranz 30 Notenbankvertreter gegenüber.



Gabriel Bernardino (CEIOPS) würdigte die Reform der Versicherungsaufsicht

Gabriel Bernardino, Vorsitzender des europäischen Komitees für Versicherungsaufsicht (CEIOPS) betonte in seiner Rede ebenfalls die Unterschiedlichkeit der Geschäftsmodelle von Banken und Versicherern. Gleichzeitig forderte er einen besseren Informationsaustausch zwischen den nationalen Aufsichten und dem europäischen Gremium. CEIOPS hätte sich in der Krise kein vollständiges Bild über die

Lage in Europa machen können, da nicht alle Regierungen Daten an CEIOPS gemeldet hätten. Sovency II, die grundlegende Reform des Versicherungsaufsichtsrechts in Europa, bezeichnete er als solides und vorbildliches System, das auch außerhalb Europas beispielhaft Anwendung finden könne.

Auf der anschließenden Pressekonferenz stellte Rolf-Peter Hoenen die aktuellen Branchenzahlen der Öffentlichkeit vor. Danach erwarten die Versicherer für 2009 ein Beitragsplus von 3,1 Prozent und Prämieinnahmen von 169,6 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund der aktuell großen gesamtwirtschaftlichen Unwägbarkeiten sei eine Prognose für 2010 hingegen schwierig. Während in der Lebensversicherung und in der Schaden- und Unfallversicherung mit einem Rückgang der Prämieinnahmen zu rechnen sei, werde in der privaten Krankenversicherung ein Beitragszuwachs erwartet. Die detaillierten Kennzahlen können unter www.gdv.de abgerufen werden.

Stephan Schweda; s.schweda@gdv.de

Geschäftsklima in der Versicherungswirtschaft - kaum Einbruch durch Finanzkrise

Nach dem ifo Konjunkturtest für das 4. Quartal 2009 beurteilen 4 Prozent der befragten deutschen Versicherungsunternehmen ihre Geschäftslage gegenwärtig als günstig, 92 Prozent als befriedigend und nur 4 Prozent als ungünstig. Für die nähere Zukunft rechnen 9 Prozent der Unternehmen mit einer eher günstigeren, 71 Prozent mit einer etwa gleichbleibenden und 20 Prozent mit einer eher ungünstigeren Geschäftslage. Im längerfristigen Vergleich sind die Erwartungen in der deutschen Versicherungswirtschaft jedoch eher verhalten und stehen

weiterhin im Kontext schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck, Veränderungen im regulatorischen Umfeld sowie der gegenwärtige strukturelle Umbruch in der Branche bringen zusätzliche Belastungen mit sich. Selbst in dieser schwierigen Konstellation sind die meisten Versicherer mit ihrer Lage nicht unzufrieden und sehen mehrheitlich keineswegs pessimistisch in die Zukunft.

Stephan Schweda; s.schweda@gdv.de

Entwicklung des Geschäftsklimas in der Versicherungswirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft im Vergleich



Das Geschäftsklima wird aus der Beurteilung der Geschäftslage und den Geschäftserwartungen ermittelt. Ausgewiesen ist der Saldo der positiven und negativen Antworten.

Quelle: ifo

Effektivität der Umsetzung der Umwelthaftungs-Richtlinie auf dem Prüfstand

Aktuell setzt sich die Europäische Kommission mit der Frage auseinander, wie effektiv die bereits vor fünf Jahren in Kraft getretene Umwelthaftungs-Richtlinie in den Mitgliedstaaten umgesetzt worden ist. Die Richtlinie zielt darauf ab, einen gemeinsamen Ordnungsrahmen zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden zu vertretbaren Kosten zu schaffen. Die Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen ergreifen, um die aus der Umwelthaftungs-Richtlinie erwachsenden finanziellen Verpflichtungen der Verursacher von Umweltschäden sicherzustellen. Deutschland und die meisten anderen Mitgliedstaaten haben sich für eine freiwillige Deckungsvorsorge, wie z. B. den Abschluss einer entsprechenden Versicherung, zur finanziellen Absicherung im Sinne der Umwelthaftungs-Richtlinie entschieden.

Die Kommission wies bei ihrem Workshop im Juli darauf hin, dass eine von der EU zwingend vorgeschriebene Deckungsvorsorge die Effektivität der Umsetzung der Richtlinie nach den derzeitigen Erkenntnissen nicht erhöhen

würde. Einer obligatorischen Deckungsvorsorge steht der GDV kritisch gegenüber. Insbesondere Pflichtversicherungslösungen sind aufgrund der Unterschiedlichkeit der Versicherungsmärkte in den Mitgliedstaaten abzulehnen. Eine einheitliche europäische Pflichtversicherung würde auch nach Ansicht des Europäischen Dachverbands der Versicherungswirtschaft (CEA) die Entwicklung der Versicherungsmärkte nur behindern.

Mitte November stellte das CEA zusammen mit dem GDV die verschiedenen Versicherungslösungen zur Umwelthaftung in den Mitgliedstaaten vor. Der GDV gab zudem eine Übersicht zu den ersten Erfahrungen in Deutschland mit der Regulierung von Umweltschäden unter der Umwelthaftungs-Richtlinie. Für April 2010 wird der Bericht der Kommission zur Effektivität der Umsetzung erwartet.

Kolja Gabriel; k.gabriel@gdv.de

Solvency II - 3. Konsultationswelle bringt erneut Verschärfungen

In der im November 2009 veröffentlichten dritten Welle von CEIOPS-Konsultationspapieren zu den Durchführungsbestimmungen (Level II) von Solvency II zeigen sich erneut Verschärfungen in vielen Teilbereichen. Bereits die 2. Konsultationswelle der europäischen Aufseher war durch überhöhte Kapitalanforderungen für einzelne Risiken gekennzeichnet.

Auch die neuen Auslegungen der Solvency II-Richtlinie, die am 10. November 2009 formal von den EU-Finanzministern verabschiedet wurde, führen zu einer erheblichen, in der Sache nicht zu begründenden Belastung für die deutsche Versicherungswirtschaft (beispielsweise: Anerkennung der Eigenmittel und risikogerechte Kalibrierung des Standardansatzes).

Zu der zweiten Konsultationswelle hatte CEIOPS 20.000

Einzelkommentare erhalten. Trotzdem lässt die Veröffentlichung der finalen Empfehlungen zu den ersten beiden Wellen wenig Bereitschaft zu einer vertieften sachgerechten Auseinandersetzung mit der Finanzmarktkrise erkennen. Und dies, obwohl die von der Versicherungswirtschaft in den ersten beiden Wellen vorgebrachten Bedenken nach wie vor nicht ausgeräumt sind.

Der weitere Zeitplan auf EU-Ebene sieht vor, dass die Durchführungsmaßnahmen im Oktober 2010 von der Europäischen Kommission angenommen und im Oktober 2011 formal veröffentlicht werden. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist erforderlich.

Hans Georg Stritter; h.stritter@gdv.de
Dr. Thomas Schubert; t.schubert@gdv.de

Europäische Kommission stellt Konsultationspapier zur EU-Strategie 2020 vor

Die Strategie für die nächsten 10 Jahre soll auf der gegenwärtigen viel kritisierten Lissabon-Strategie aufbauen und dazu beitragen, die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen und zukünftige Krisen zu verhindern. Als Schwerpunkte werden genannt: Wertschöpfung durch Wissen, Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften sowie Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft.

Die „neue Vision“ soll eine neue Richtung für die EU-Politik vorgeben. Dazu gehört die Notwendigkeit eines „sparsamen Umgangs mit Energie, natürlichen Ressourcen und Rohstoffen.“ Bei den Prioritäten der EU für die Zeit bis 2020 bleibt die Kommission wie bei der Lissabon-Strategie unverbindlich. Das Ziel, „Europa zu einem führenden, wettbewerbsfähigen, florierenden und vernetzten Wirtschaftsraum zu machen“ entspricht voll den damaligen Zielsetzungen. Neu ist, dass sich die Strategie umweltfreundlicher und integrativer als bisher präsentieren soll. Sehr konkret wird die Forderung nach einer Umgestaltung der Wirtschaft durch die Förderung energieeffi-

zienter Produkte und Systeme durch Emissionshandel, Steuerreform, Finanzhilfen, Zuschüsse und durch Darlehen erhoben. Wachstumsförderung durch ökologische Technologien schafft neue Arbeitsplätze und Dienstleistungen und ist ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, die wir als GDV voll unterstützen.

In Bezug auf Finanzdienstleistungen plädiert das Kommissionsdokument für einen besseren Zugang kleiner innovativer Unternehmen zu Risikokapital. Besonders „Kreativbranchen“ seien auf neue Finanzierungsarten für ihre Geschäftsmodelle angewiesen.

Fazit: Die Forderung nach ökologischer Umgestaltung der europäischen Wirtschaft mit konkreten Vorschlägen ist ein Ansatz, in dem wir uns als Versicherungswirtschaft mit unseren Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit bei der sozialen Sicherung, beim Klimawandel und auf den Finanzmärkten wiederfinden.

Hans Georg Stritter; h.stritter@gdv.de

Neues Programm zur Verkehrssicherheit - Zahl der Verkehrstoten bis 2010 nicht halbiert

Die Europäische Kommission veranstaltete am 2. Dezember eine Stakeholder Konferenz zum Straßenverkehrssicherheitsprogramm 2011-2020. Bereits jetzt steht fest, dass das laufende Programm das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten in Europa von 54.000 von 2001 bis 2010 um die Hälfte zu reduzieren, nicht erreichen wird. Zahlreiche Maßnahmen im Bereich Fahrzeugsicherheit, Infrastruktur und Fahrerverhalten haben zwar erste positive Wirkungen gezeigt, jedoch sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Zur Vorbereitung des kommenden Programms 2011-2020 hatte die Kommission im Spätsommer sechs Workshops abgehalten sowie eine öffentliche Konsultation durchgeführt. Der GDV und der Europäische Dachverband der Versicherungswirtschaft (CEA) haben sich hieran beteiligt. Die Ergebnisse wurden am 2. Dezember präsentiert. Danach wurden als prioritäre Probleme Unfälle auf Landstraßen sowie die besondere Betroffenheit von „schwachen“ Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern, Radfahrern, motorisierten Zweiradfahrern und älteren Menschen identifiziert.

Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, fordert die Unfallforschung der Versicherer (UDV) im GDV:

- Sicherheitstrainings (auch im Realverkehr) für Motorradfahrer,
- Diskussionen über Leistungsobergrenzen oder die Begrenzung des Leistungsgewichts bei Motorrädern,
- europaweite Sicherheitsanalysen des Außerortsstraßennetzes mit Sicherheitsaudits sowie Verkehrsschauen nach einem einheitlichen EU-Standard,
- Ausstattung bestehender Alleen mit wirksamen Schutzmaßnahmen wie Schutzplanken oder Tempoüberwachung und keine Neu- und Nachpflanzung mit Bäumen,
- besserer Schutz von linksabbiegenden Fahrzeugen an Landstraßen-Kreuzungen, z. B. durch Kreisverkehre oder eigene Signalphasen für Linksabbieger,
- Förderung der Technologien von Fahrerassistenzsystemen mit hohem Unfallvermeidungspotential.

Auf der Basis der laufenden Diskussionen wird die Kommission ihr Programm im kommenden Jahr vorstellen. Weitere Informationen unter http://ec.europa.eu/transport/road_safety/index_de.htm und www.erso.eu.

Ariane Becker; a.becker@gdv.de

Politische Einigung zu Fahrgastrechten in Bussen noch in diesem Jahr angestrebt

Schweden möchte noch unter seiner Ratspräsidentschaft eine politische Einigung zu dem Verordnungsvorschlag über Fahrgastrechte in Bussen erreichen. Dazu müssen die Verkehrsminister auf ihrer Sitzung am 17. Dezember zwei strittige Punkte lösen: die Festlegung des Anwendungsbereiches dieser Verordnung und insbesondere das Kapitel über Haftungsfragen, bei dem es um Schadenersatz bei Personenschäden und Vorschusszahlungen im Todesfall geht.

Der GDV vertritt die Auffassung, dass Haftungsfragen in Unfallsituationen durch die Kraftfahrzeughaftpflichtlinien ausreichend geregelt sind. Zusätzliche Regelungen, speziell für Busfahrgäste, sind deshalb nicht erforderlich. Diese könnten in bestimmten Fällen sogar zu einer Ungleichbehandlung beim Schadenersatz für Unfallopfer ein und desselben Unfalls führen, je nachdem ob sie Fahrgäste im Bus sind oder nicht. Umgekehrt ver-

drängt die zukünftige Verordnung als vorrangiges Recht günstigere nationale Vorschriften ausschließlich zu Lasten der Buspassagiere. Daher fordert der GDV, die Verordnung auf die Verbesserung von vertraglichen Ansprüchen zu beschränken und gesetzliche Schadenersatzansprüche von Busfahrgästen als Unfallopfer, wie sie sich aus der Gefährdungs- und Verschuldenshaftung ergeben können, ausdrücklich vom Anwendungsbereich auszunehmen.

Die ratsseitigen Lösungsansätze gehen von einem stark reduzierten Kapitel zu Haftungsfragen mit einem Verweis auf nationales Recht und Soforthilfemaßnahmen statt expliziten Vorschusszahlungen, über eine klare Beschränkung auf vertragliche Ansprüche bis hin zu einer vollständigen Streichung dieses Kapitels.

Ariane Becker; a.becker@gdv.de

AssekuranzKöpfe

Professor Dr. Dr. Peter Höppe, Leiter der GeoRisikoForschung der Munich Re

Professor Höppe ist Diplom-Meteorologe und hat in den Fächern Physik und Humanbiologie promoviert bzw. habilitiert. Seine Forschungsschwerpunkte lagen im Bereich der Wirkungen von atmosphärischen Prozessen (Hitze/Kälte, UV-Strahlung, Luftdruckschwankungen) und Luftschadstoffen (Ozon, Partikel) auf den Menschen sowie in der Bewertung von Umweltrisiken.

Als Leiter der GeoRisikoForschung ist er seit 2005 zuständig für die wissenschaftliche Grundlagenarbeit zur Bewertung von Naturkatastrophenrisiken für das operative Geschäft der Munich Re. Bevor Professor Höppe zur Munich Re kam arbeitete er in verschiedenen Instituten der Ludwig-Maximilians-Universität München (Lehrstuhl für Bioklimatologie und Angewandte Meteorologie, Institut für Arbeits- und Umweltmedizin) und als Post Doc an der Yale Universität (USA).



Professor Höppe ist Mitglied (z. T. auch in Leitungsfunktionen) in zahlreichen wissenschaftlichen Verbänden. Im Jahr 2007 wurde er zum Klimarat der Bayerischen Staatsregierung berufen und übernahm die fachliche Leitung des Finanz-Forums der Hightech Strategie zum Klimaschutz der Bundesregierung. 2005 initiierte er die Munich Climate Insurance Initiative (MCII), deren 1. Vorsitzender er seitdem ist. 2008 reicht die MCII einen Vorschlag für ein versicherungsbasiertes Risikomanagementsystem für Entwicklungsländer bei der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen für den Klimaschutz (UNFCCC) ein. Wesentliche Teile davon sind in die Verhandlungstexte zur Weltklimakonferenz in Kopenhagen eingeflossen. Munich Re macht sich wegen der zunehmenden Naturkatastrophen seit langem für konsequenten Klimaschutz stark.

AssekuranzLexikon: ZÜRS Geo - Einschätzung von Überschwemmungs- und Umweltrisiken

Das webbasierte Geoinformationssystem ZÜRS Geo wurde vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) zur Einschätzung von Naturgefahren entwickelt. Das System ermöglicht es, Standorte deutschlandweit hinsichtlich ihrer Hochwasser- und Umweltgefährdung risikogerecht zu bewerten. Zur detaillierten Ausweisung des Überschwemmungsrisikos gibt es vier Gefährdungsklassen. GK 1: Hochwasser statistisch seltener als 1 mal alle 200 Jahre, GK 2: Hochwasser 1 mal

in 50-200 Jahren, GK 3: Hochwasser 1 mal in 10-50 Jahren und GK ,4: Hochwasser tritt statistisch 1 mal in 10 Jahren auf. Mit Hilfe von ZÜRS lassen sich über 98 % aller Gebäude den verschiedenen Gefährdungsklassen zuordnen.

Das Risiko einer Umweltgefährdung kann durch Analyse verschiedener Schutzgebiete (Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, etc.), Gewässer oder geschützter Arten bewertet werden.

AssekuranzBranche

CEA-Statistik - Überblick über die europäischen Versicherungsmärkte

Beim Europäischen Dachverband der Versicherungswirtschaft (CEA) kann jetzt unter www.cea.eu im Bereich Statistik die Broschüre „European Insurance in Figures“ heruntergeladen werden. Enthalten sind darin u. a.: ein statistischer Überblick über die einzelnen Versicherungs-

sparten, die Prämienentwicklung und das Investment Portfolio der 33 vom CEA vertretenen Länder. Im Anhang befindet sich außerdem eine statistische Zeitreihe von 2000 bis 2008.

**Europabüro**

60, avenue de Cortenbergh
1000 Bruxelles
Tel.: +32-2-28247-30
Fax: +32-2-28247-39
bruessel@gdv.de
www.gdv.de

**GDV-Neuerscheinungen:
Jahrbuch und Statistisches Taschenbuch 2009**

Das GDV-Jahrbuch gibt die Standpunkte der Versicherungsbranche zur aktuellen Reformpolitik in Deutschland und Europa wieder und informiert über die derzeitige Konjunkturlage der deutschen Assekuranz. Zahlreiche Tabellen und Grafiken illustrieren anschaulich, wie sich die einzelnen Versicherungssparten entwickelt haben. In englischer Fassung ist zudem das Statistische Taschenbuch 2009 erschienen. Beide Publikationen können unter www.gdv.de heruntergeladen und bestellt werden.

AssekuranzTermine

- 7. bis 18. Dezember 2009:
UN-Klimakonferenz, Kopenhagen
- 10. Dezember 2009:
CEA Consumer Protection Conference, Brüssel

Impressum:**Herausgeber:**

Gesamtverband der Deutschen
Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)

Verantwortlich:

Dr. Joachim Wuermeling

Redaktion:

Stephan Schweda

GDV

Wilhelmstraße 43/43 G
10117 Berlin

Tel.: +49-30-2020-5000

Fax: +49-30-2020-6000

berlin@gdv.de

www.gdv.de